

PRESSEKONFERENZ



„2021 muss das Jahr der Pflege werden!“

Welche Neuerungen in der Pflegereform enthalten sein müssen, um die Pflege langfristig
abzusichern und zukunftsfit zu gestalten

mit

LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann OÖ Seniorenbund

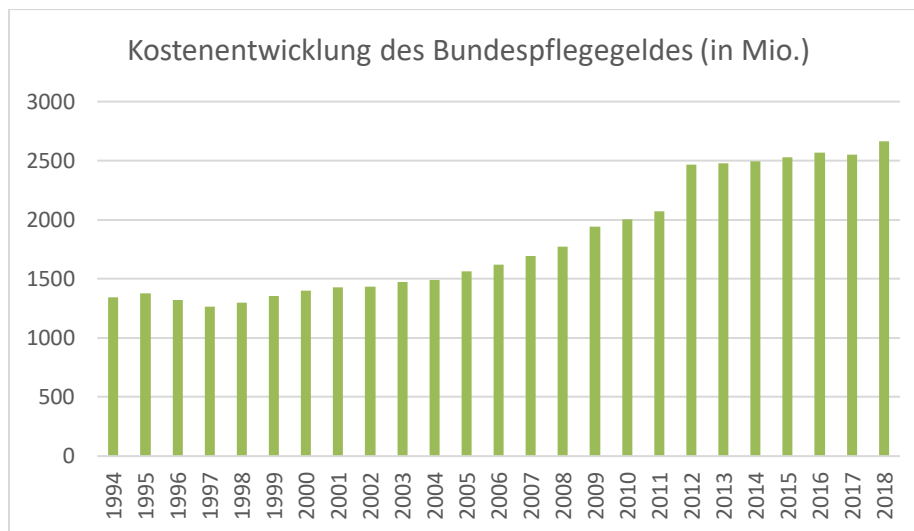
Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer OÖ Seniorenbund

Dienstag, 29. Dezember 2020, Heinrich-Gleißner-Haus (Obere Donaulände 7, 4020 Linz)

Aktuelle Problematik in der Pflege

Die demografische Entwicklung sorgt dafür, dass in den nächsten Jahren ein enormer Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen eintreten wird. Bis zum Jahr 2050 werden doppelt so viele über 80-Jährige in Österreich leben wie noch im Jahr 2020. Durch das hohe Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, um ein Vielfaches an. Begünstigt durch den Pensionsantritt der sogenannten Babyboomer in den nächsten Jahren, werden laut Prognosen bis zum Jahr 2050 insgesamt 750.000 Menschen Pflegeleistungen in Anspruch nehmen müssen.

Nach Schätzung des WIFO werden sich die Kosten des Bundes für den Pflegebereich von drei Milliarden auf 9 Milliarden verdreifachen, die Kosten der Länder und der Privatpersonen noch nicht hinzugerechnet. Das 1993 eingeführte Pflegegeld, das in sieben Stufen gestaffelt ist, wurde nach Einführung von 299.000 Personen beantragt. Nun sind es bereits über 470.000 Personen, an die diese Geldleistung ausbezahlt wird - die Tendenz weiterhin steigend.



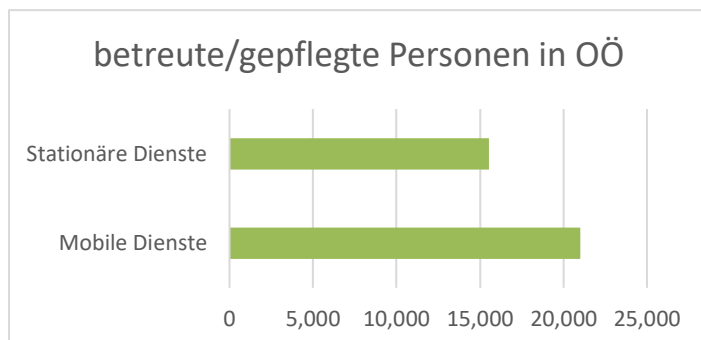
Pflegevorsorgebericht 2018 (BMASGK)

„Es ist Zeit zum Handeln!“

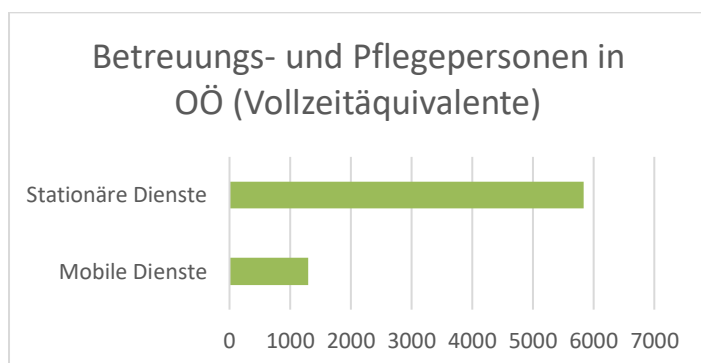
„Die Corona Pandemie hat die Pflege einerseits in den Schatten gestellt, andererseits aber auch Schwächen unseres Pflegesystems deutlich sichtbar gemacht, vor allem die Auslandsabhängigkeit - insbesondere in der mobilen Pflege. Schuldzuweisungen wären fehl am Platz, wir hoffen, dass nun, nachdem mit der Impfung die Pandemie in die Endphase geht, die Pflege wieder die entsprechende Dringlichkeit bekommt. 2021 muss zum Jahr der Pflege werden, denn die Thematik duldet, wie Corona erneut deutlich gemacht hat, keinen Aufschub mehr! Wir standen knapp vor der Kippe des Pflegesystems, das muss eine deutliche Warnung sein“, drängt Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer auf eine rasche Bearbeitung der Pflegeagenden.

Personaloffensive in der Pflege

Der stetig steigende Bedarf an Pflegebetreuung steht einer sinkenden Zahl an Pflegekräften gegenüber. Derzeit sind in Österreich rund 63.000 Personen im Bereich der Alterspflege beschäftigt. Bis zum Jahr 2030 werden über 100.000 zusätzliche Pflegefachkräfte benötigt. Die mit Abstand größten Sektoren sind jene der stationären wie die der mobilen Betreuung. In Oberösterreich arbeiten derzeit über 5.800 Pflegekräfte in stationären Einrichtungen, rund 1.300 sind im mobilen Dienst tätig. Von den 1.300 mobilen Pflegekräften werden insgesamt 21.000 Personen betreut, die Pflegekräfte im stationären Dienst kümmern sich oberösterreichweit um 15.528 Personen.



Quelle: STATISTIK AUSTRIA – Betreuungs- und Pflegedienste 10.12.2019



Quelle: STATISTIK AUSTRIA – Betreuungs- und Pflegedienste 10.12.2019

Der Pflegeberuf ist äußerst herausfordernd und verlangt ein sehr hohes Maß an fachlicher, aber auch sozialer Kompetenz. Gerade in außerordentlichen Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, kommen selbst qualifizierte Pflegerinnen und Pfleger an ihre Grenzen. Einer Nordcare-Erhebung zufolge, schildern 46 Prozent der Heimpflegerinnen und Heimpfleger, dass sie in den letzten Jahren eine spürbare Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wahrgenommen haben. Rund 67 Prozent der Beschäftigten geben an, sich in Bezug auf ihr Tätigkeitsfeld überfordert und unzufrieden zu fühlen. Als

Gründe werden der Zeitmangel, die erhöhten Anforderungen und Verantwortungen sowie bereits fehlendes Personal angeführt und dies, obwohl der Pflegeschlüssel teilweise sogar verbessert wurde. Ein Hauptgrund für die schwierige Situation liegt vor allem darin, dass derzeit und auch in Zukunft nur mehr pflegebedürftige Menschen ab der Pflegestufe 4 in die stationäre Pflege kommen. Aus Altersheimen von früher sind reine Pflegeheime geworden, das Durchschnittsalter der Bewohner liegt bei circa 87 Jahren! Diese Tatsache fordert das Personal natürlich in einem wesentlich höheren Ausmaß als früher.

Der OÖ Seniorenbund fordert deshalb:

1. Attraktivierung des Pflegeberufs
2. Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung für alle Pflegeberufe
3. Schaffung eines Lehrberufs in der Pflegeausbildung
4. Attraktive Umschulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Wieder- und Quereinsteiger

Vieles wurde bereits eingeleitet, muss aber vorangetrieben werden, denn es darf kein Dauerzustand werden, dass zum Teil sogar neu gebaute Pflegeheime nicht zur Gänze belegt werden können, weil das Personal fehlt.

Vorsorge ist besser als Nachsorge

Wie bereits erwähnt, werden die Ausgaben hinsichtlich der Pflege in den kommenden Jahren enorm steigen. Sowohl für die Seniorinnen und Senioren, für unsere Gesellschaft wie auch für die Krankenkassen ist es wünschenswert, dass die Menschen nicht nur älter, sondern gesund älter werden. Regelmäßige Gesunden-Untersuchungen, ein vernünftiger Lebensstil insgesamt, besonders eine bewusste Ernährung und ausreichend Bewegung sind der Schlüssel zu einem gesunden Altern. Anreize sollen dafür sorgen, dass Präventionsangebote verstärkt angenommen werden. Der OÖ Seniorenbund fordert deshalb:

1. Präventionsangebote öffentlich bewerben
2. Ein Bonus-System in der Krankenversicherung (für einen vernünftigen Lebensstil)

Entlastung der pflegenden Angehörigen – Familie als größter Pflegeplatz

Rund 947.000 Österreicherinnen und Österreicher sind direkt an der Pflege und Betreuung eines Familienangehörigen beteiligt.

Damit die Familienmitglieder der Pflegebedürftigen entlastet werden, fordert der OÖ Seniorenbund den Ausbau mobiler Pflegedienste. „Die Betreuung aller pflegebedürftigen Personen in stationären Einrichtungen ist langfristig nicht möglich und finanzierbar, deswegen muss gewährleistet sein, dass diejenigen, die sich um die Pflege zu Hause annehmen, Unterstützung von fachkundiger Seite erhalten“, hebt Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer die Wichtigkeit des Pflegemodells der mobilen Dienste hervor.

Mit dem eingeführten Urlaubszuschuss für pflegende Angehörige hat das Land Oberösterreich eine gute Aktion für pflegende Angehörige geschaffen. Ist man für die Pflege eines Angehörigen zuständig und macht in Oberösterreich oder Österreich Urlaub, so wird ein Zuschuss in der Höhe von maximal 225 Euro beziehungsweise maximal 175 Euro gewährt. Zusätzliche Maßnahmen sollen im Sinne der pflegenden Angehörigen umgesetzt werden, damit Anreize entstehen, die Betreuung zu übernehmen.

1. Pflegeberatung auf kommunaler Ebene
2. Unterstützung aus einer Hand (nicht wie bisher von Sozialministerium, Land OÖ, Kranken- und Pensionsversicherungsträger – zumindest bessere Koordinierung)
3. Finanzierung der Kurzzeitpflege durch Sozialhilfverbände – derzeitige Eigenleistungen sind zu hoch
4. Ausbau der Tagesbetreuungsmöglichkeiten
5. Pflege-Daheim-Bonus (zusätzliche Urlaubstage,...)

Finanzierung von 24-Stunden-Pflege muss leistbar bleiben

24-Stunden-Pflege kommt dem Staat billiger als die Betreuung der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen. Zudem ist es meist im Interesse der zu pflegenden Personen, zu Hause in den eigenen vier Wänden betreut zu werden. Eine angemessene Anpassung des Zuschusses für diese Form der Betreuung ist für den OÖ Seniorenbund die einzige Möglichkeit, die 24-Stunden-Pflege leistbar und attraktiver zu gestalten. In Bezug auf diese Betreuungsform wird eine weitere Veränderung zwingend notwendig.

Wird derzeit die Betreuung einer 24-Stunden-Pflegerin oder eines Pflegers in Anspruch genommen, bekommt man monatlich einen Zuschuss in Höhe von 275€. Wechseln sich jedoch zwei Pflegekräfte im zwei Wochen Rhythmus ab, wird für beide dieser Zuschuss gewährt, weshalb monatlich eine Unterstützung von 550€ geleistet wird. Der OÖ Seniorenbund fordert deshalb die Adaptierung dieser nicht nachvollziehbaren Regelung, sodass alle Betroffenen, die eine 24-Stunde-Pflegekraft in Anspruch nehmen, monatlich denselben Betrag ausbezahlt bekommen – egal, ob die Betreuung durch eine oder zwei Pflegekräfte erfolgt.

Ausbau der Palliativ- und Hospizangebote

Der Entscheid des Verfassungsgerichtshofes, der die Beihilfe zum Suizid legalisiert, sorgt beim OÖ Seniorenbund für viel Unverständnis. Es geht darum, ein Sterben in Würde zu ermöglichen. Es darf nicht sein, dass dadurch ein Druck auf ältere Menschen ausgeübt wird. Sie dürfen nicht das Gefühl bekommen, der Gesellschaft zur Last zu fallen. Das Parlament hat nun die Mammutaufgabe, dahingehend das Urteil des Verfassungsgerichtshofes umzusetzen.

Durch den Ausbau der Palliativ- und Hospizangebote wird den Menschen auch am Ende ihres Lebens eine gute Betreuung und Begleitung sowie ein weitgehend schmerzfreies Lebensende ermöglicht. „Wie schon Kardinal König gesagt hat, bleibt unser Motto hierfür „Sterben an der Hand und nicht durch die Hand eines Menschen.“ Die Sterbebegleitung der Hospiz- und Palliativeinrichtungen leistet schon bisher eine exzellente Arbeit. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird diesbezüglich ein Ausbau der Einrichtungen dringend notwendig werden“, weist Pühringer darauf hin, die sterbenden Bürgerinnen und Bürger nicht zu vergessen.

Demenz im Fokus

Mit der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen allgemein erhöht sich zudem die Zahl der Demenzkranken. Bis 2050 wird sich die Zahl von derzeit 21.000 auf 48.000 in Oberösterreich mehr als verdoppeln. Der Staat gewährt bei diagnostizierter Demenzerkrankung aktuell einen Zuschlag des Pflegegeldes von 25 Stunden pro Monat. Für den OÖ Seniorenbund ist dieser Zuschlag zu gering. „Gerade wenn die an Demenz erkrankten Personen noch mobil sind, ist der Zuschlag von 25 Stunden zu wenig. Die Betreuung von Demenzkranken ist intensiv und anstrengend. Deshalb fordern wir einen weiteren Zuschlag, um eine würdige Pflege dieser Personen zu gewährleisten!“, fordert Ebner. Zudem weist er auch auf die derzeit schon bestehende Problematik in Pflegeheimen hin: „Zwischen 60 bis 80 Prozent der Bewohner weisen Demenz in verschiedenen Schweregraden auf. Diese fordert sehr großen persönlichen Einsatz der Pfleger - es braucht zudem mehr personelle Ressourcen.“